Nr. 122. — Erstes Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 13. März 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Deutschland.

Berlin, 13. März. Gestern Vormittag wohnten der Kaiser und die Kaiserin dem Gottesdienst in der Dom-Interimskirche bei, an welchem auch die beiden ältesten Söhne des Regenten von Braunschweig, die Prinzen Heinrich und Joachim Albrecht theilnahmen.

— Jeder Tag bringt eine neue Kombination über Reisepläne des Kaisers. Wenn gesagt wird, daß der Kaiser wieder eine Nordlandsfahrt und im Anschluß daran einen Besuch in England machen werde, so dürfte diese Annahme der Bestätigung nicht entbehren. Dagegen ist eine Reise nach Bukarest völlig unwahrscheinlich; wenigstens ist davon in Hofkreisen bisher nicht ernstlich die Rede gewesen. Entstanden mag das Gerücht dadurch sein, daß, wie es heißt, der König von Rumänien bei seinem letzten Zusammentreffen mit dem Kaiser eine Aeußerung gethan hat, die als Einladung angesehen werden darf. Wie jedoch der „Hamburger Korrespondent" mittheilt, denkt der Kaiser nicht daran, würde aber sicher, davon mögen gewisse ängstliche politische Gemüther überzeugt sein, sich von einer solchen Reise nicht durch die völlig unberechtigte Voraussetzung abhalten lassen, damit in St. Petersburg Anstoß zu erregen.

— Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, Reichskanzler Graf Caprivi werde das deutsche Kaiserpaar nach Rom begleiten.

— Offiziös wird die Meldung, Graf Caprivi habe am Freitag unmittelbar nach der Sitzung der Militärkommission dem Kaiser über das negative Ergebniß der Abstimmung Vortrag gehalten, als falsch bezeichnet; der Reichskanzler habe am Freitag dem Kaiser überhaupt nicht Vortrag gehalten.

— Ueber die weiteren Konsequenzen der Ablehnung der Militärvorlage in der Kommission des Reichstages gehen, so schreibt die „Nat.-Lib. Korr.", die Ansichten noch wirr durcheinander. Die allgemeinen vor Augen liegenden Möglichkeiten, Rücktritt des Reichskanzlers, Reichstagsauflösung, spätere Einbringung einer Vorlage auf veränderten Grundlagen u. s. w. werden im Gespräch der politischen Kreise mannigfach erörtert, aber ohne alle positiven Anhaltspunkte. Es fehlt auch nicht an Politikern, welche noch an der Möglichkeit festhalten, im Plenum bei der zweiten oder dritten Berathung zu einer Verständigung zu gelangen. Indessen sind diese Aussichten nach der ganzen Sachlage sehr gering. Auf alle Fälle möchten wir unsere Parteigenossen auffordern, ungesäumt sich auf die Möglichkeit der Neuwahlen zum Reichstag einzurichten. Es wird unseren Parteigenossen im Reiche nicht schwer fallen, die Haltung ihrer Vertreter im Reichstag zu rechtfertigen. Diese hatten ebenso sehr das durch ihre Vergangenheit und ihre obersten politischen Grundsätze bedingte nationale Prinzip der Sicherheit und Wehrkraft des Reichs im Auge, wie den Gesichtspunkt möglichster Schonung der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes. Kommt es über diese Frage zu einer schweren Krisis, so ist es eben ein neuer Beweis, daß mit einer ultramontan-freisinnig-sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit die nationalen Aufgaben der Reichspolitik unmöglich zu lösen sind.

— Unter den eingegangenen 61 Petitionen, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sind 7 enthalten, die auf die Erhaltung oder selbst auf eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen hinzielen. Die übrigen Petitionen, von denen nur sehr wenige von einzelnen Personen, die weit überwiegende Mehrzahl von Vereinen, Verbänden oder einer Vielzahl von Geschäftstreibenden ausgehen, erbitten im Wesentlichen Milderungen der im Gesetz enthaltenen Bestimmungen, für den Geschäftsbetrieb günstigere Verlegung der freigegebenen Stunden oder Verlängerung der letzteren, ferner Ermächtigung der Geschäftsinhaber, selbst oder deren Angehörigen zum Verkauf im Laden im früheren Umfange, Freigebung der für den Quartalsersten folgenden Sonntage, oder Freigabe der Dezembersonntage. Um Wiederaufhebung des Gesetzes resp. völlige Freigebung des gesammten Ladenverkaufs wird in 6 Petitionen gebeten, und 4 Petitionen verlangen außer den erbetenen Aenderungen betreffs der Sonntagsruhe noch eine besondere Besteuerung oder Beschränkung des Hausirgewerbes. Als besondere Kategorien von Gewerbetreibenden sind unter den Petenten vertreten: Zigarrenhändler. Konditoren. Blumenhändler und Kunstgärtner, Bäcker, Metzger, Inhaber von Trinkhallen, Gemüse-, Milch- und Kohlenhändler, Bahnhofsbuchhändler, Inhaber von Automaten, schließlich in großer Zahl Inhaber von kleinen Verkaufsläden, die ihr Geschäft selbst betreiben und sich durch die Bestimmung des § 41a des Gesetzes in besonderem Maße in ihrem Erwerb geschädigt fühlen. Unter den vielfachen, in den Petitionen kundgegebenen Beschwerden nehmen einen besonderen Raum ein die Klagen aus kleineren Landstädten mit vorzugsweise ländlicher Kundschaft über den Rückgang der Geschäftsthätigkeit, insofern die Landbewohnerschaft durch das zu frühzeitige Ende der Geschäftsstunden fast ganz behindert sei, ihren Bedarf bei städtischen Gewerbetreibenden zu decken und darum entweder den Hausirern in die Hände falle oder, in der Landesgrenze nahe gelegenen Gegenden, ihren Verkehr in das Ausland lenke. Der zur Verhandlung in der Kommission hinzugezogene Regierungskommissar Regierungs-Rath Werner gab, über die Ansichten der verbündeten Regierungen hinsichtlich der über die Sonntagsruhe laut gewordenen Beschwerden befragt, die Erklärung ab: Eine Erhöhung der in der Gewerbeordnung festgesetzten Maximalzeit von fünf Stunden für die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, wie sie von einzelnen der vorliegenden Petitionen gewünscht werde, sei ausgeschlossen. Dazu bedürfe es einer Abänderung des Gesetzes, zu welcher eine Veranlassung nicht anerkannt werden könne. Die übrigen Petitionen, welche im Rahmen des Gesetzes eine andere Gestaltung der Sonntagsruhe durch Verlegung der frei gegebenen erstrebten, wären zweckmäßig an die zuständigen bundesstaatlichen Regierungen zu richten gewesen, da die Ausführungsbestimmungen nicht Sache der Reichsbehörden, sondern der Behörden in den Einzelstaaten sei.

In der Kommission war man einstimmig der Ansicht, daß eine namhafte Zahl der kundgegebenen Klagen sich schon durch eine Verlegung der für die Geschäftsthätigkeit frei gegebenen Stunden beseitigen lasse. Es wurde daher beschlossen, dem Reichskanzler die Petitionen zur Kenntnißnahme zu überreichen, um daraus Veranlassung zu nehmen, die Regierungen der Einzelstaaten auf die einzelnen Beschwerdepunkte hinzuweisen.

— Von den badischen Zentrumsabgeordneten Lender, Hug und Genossen ist im Reichstage folgende Resolution zur zweiten Berathung des Etats beantragt worden:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die auf Grund von zwischen dem Reich und einem Bundesstaate abgeschlossenen Verträgen erbauten Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für nothwendig erachtet worden sind, Beiträge aus Reichsmitteln wie zur Erbauung, so auch zur Unterhaltung und zum Betriebe dieser Eisenbahnen dem einzelnen Bundesstaate zu gewähren, sofern die dazu erforderlichen Kosten die Betriebs-Einnahmen übersteigen und den Staaeshaushalt des Bundesstaates belasten."

— Eine große Einspruch-Versammlung gegen die Wiederzulassung der Jesuiten wird am 20. Februar, Nachmittags 4½ Uhr, im evangelischen Vereinshause zu Barmen stattfinden. In der von einer großen Anzahl in Staat und Kirche hervorragender evangelischer Männer unterzeichneten Einladung heißt es:

„Nicht leichten Herzens, aber durchdrungen von dem Gefühle einer unabweisbaren Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um eine gesteigerte Gefährdung des konfessionellen Friedens von unserem theuren Vaterlande abzuwenden, thun wir diesen Schritt, überzeugt, damit im Sinne unserer evangelischen Glaubensgenossen zu handeln. Noch einmal möchten wir — ehe es zu spät ist — laut unsere Stimme erheben und es aussprechen, daß die einzige Antwort auf alle Bestrebungen zu Gunsten der Wiederzulassung der Jesuiten für jetzt und alle Zukunft nur ein Niemals sein kann und darf. Der Jesuitenorden, dessen Morallehren und dessen Lehren vom Eide besonders jede Grundlage der Rechtspflege, sowie deutsche Treue und Redlichkeit untergraben müssen, der Jesuitenorden, dessen Lehren vom Staate Fürsten und Könige unter die Herrschaft eines Papstes stellt, der auch die Unterthanen ihres Treueides entbinden kann, so daß heimlich und leise zwar, aber mit unfehlbarer Sicherheit das monarchische Gefühl im Volke untergraben wird, der Jesuitenorden, ausgeschlossen schon im vorigen Jahrhundert aus zahlreichen katholischen Staaten und aufgehoben als Störer des konfessionellen Friedens von einem unfehlbaren Papste, gehört nicht in das deutsche Reich mit seiner überwiegend protestantischen Bevölkerung."

— Auf den Einspruch, welcher gegen den vom Magistrat als Pfarrer an St. Markus präsentirten Prediger Fischer aus Gleiwitz wegen seiner Lehre erhoben worden ist, hat, wie die „Kreuzztg." meldet, das königliche Konsistorium folgenden Bescheid ertheilt:

Berlin, den 2. März 1893. Euer Wohlgeboren eröffnen wir im Anschluß an unseren Bescheid vom 2. Februar d. J. C. 3646, daß der von Ihnen in Gemeinschaft mit mehreren anderen Gemeinde-Mitgliedern gegen die Berufung des Predigers Fischer aus Gleiwitz an die St. Markus-Kirche hierselbst aus Anlaß der von demselben am 24. April 1892 in dieser Kirche gehaltenen Probepredigt, in dem Schriftsatze vom 22. Mai v. J. erhobene Einspruch, soweit er sich gegen die Lehre richtet, nach der Entscheidung des mit dem Provinzialsynodal-Vorstande vereinigten Kollegiums vom 16. Februar d. J. nicht für begründet erachtet worden ist und deshalb hiermit zurückgewiesen wird. Zwar können wir es nur anerkennen, wenn Ew. Wohlgeboren Eingabe von dem ernsten Gewissensanliegen Zeugniß giebt, gegen die Wahl eines Predigers Einspruch zu erheben, welcher nicht den vollen Reichthum des schriftgemäßen Evangeliums auf eine erbauende und anfassende Weise der Gemeinde verkündige. Auch soll nicht geleugnet werden, daß namentlich in letzterer Hinsicht die Predigt diejenige Kraft nicht erkennen läßt, welche für die außerordentlichen Aufgaben des in Rede stehenden Amtes dringend zu wünschen wäre. Gleichwohl aber ist weder der vorliegenden Predigt im Zusammenhange mit den von Seiten des Predigers Fischer zu derselben abgegebenen Erläuterungen, noch insbesondere dem von den Herren Protestirenden hervorgehobenen Satz: „Als er ihn schaut, liegt er ihm zu Füßen mit seinem Bekenntniß zu der Macht Gottes in Christo Jesu: Mein Herr und mein Gott!" sofern derselbe im Zusammenhange gelesen wird — die Bestätigung der Behauptung zu entnehmen, daß derselbe der Gemeinde eine Irrlehre vorgetragen habe u. s. w. Königl. Konsistorium. gez Schmidt.

— Ueber den bevorstehenden Besuch des deutschen Kaiserpaares in Rom gehen dem Mailänder „Secolo" folgende interessante Mittheilungen zu:

„Während der Anwesenheit des Generals von Lo in Rom fand zwischen dem Kardinal Staatssekretär Rampolla und dem deutschen Gesandten beim Vatikan eine längere Unterredung statt, die den bevorstehenden Besuch des deutschen Kaiserpaares in Rom zum Gegenstand hatte. Der Gesandte theilte dem Kardinal mit, daß der Kaiser beabsichtige, auch dem Vatikan einen offiziellen Besuch abzustatten. Es wird nun versichert, daß der Kardinal-Staatssekretär vorher zu wissen wünschte, wo das deutsche Kaiserpaar Wohnung nehmen würde — wahrscheinlich um die Wohnungsfrage zur Basis verschiedener Einwendungen zu machen; die beiden deutschen Diplomaten, — General von Loë und Herr von Bülow — gaben jedoch die kategorische Erklärung ab, daß der Besuch im Vatikan gemacht werden würde, wenn er dem Papst angenehm sei, aber ohne jede Bedingung und Einschränkung. Als dem Papste über den Stand der Angelegenheit Bericht erstattet wurde, soll er sofort dem Kardinal Rampolla befohlen haben, dem Berliner Hofe zu eröffnen, daß der Kaiser und die Kaiserin ihm jederzeit willkommen sein und im Vatikan mit dem üblichen Zeremoniell empfangen werden würden. Der Vorfall wird in vatikanischen Kreisen lebhaft besprochen, und die intransigente Partei ist mit dem Ausgange der Sache durchaus nicht zufrieden. Einige Tage vor der Ankunft des deutschen Kaiserpaares wird übrigens General Lanza, der italienische Gesandte am Berliner Hofe, in Rom eintreffen. Zum Schlusse sei noch des Gerüchtes Erwähnung gethan, daß zwischen der italienischen und der österreichischen Regierung und zwischen der letzteren und dem Vatikan Verhandlungen schweben, die den Zweck haben, gelegentlich der Feier der silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares den Besuch eines Erzherzogs in Rom möglich zu machen. Das Wiener Kabinet will sich vorerst der Zustimmung des Vatikans versichern, wo der Erzherzog natürlich auch einen offiziellen Besuch abstatten müßte."

Hamburg, 12. März. Von einer Anzahl bedeutenden Hamburger Rhedereien und Handelshäuser ist eine Adresse an Herrn von Stephan abgesandt, welche eine entschiedene Kundgebung gegen die Angriffe enthält, die bei der jüngsten Etatsberathung im Reichstage von Freisinnigen, Sozialdemokraten und Antisemiten gegen die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung gerichtet waren.

München, 11. März. Nach der demnächst stattfindenden nationalliberalen Landesversammlung in Nürnberg werden in München freisinnige und nationalliberale Vertrauensmänner zur Berathung über ein gemeinsames Vorgehen bei der Landtagswahl zusammentreten.

Stuttgart, 11. März. Wie die „Neckar-Zeitung" zu melden weiß, stehe die Verlobung des gegenwärtig verwittweten Herzogs Nikolaus von Würtemberg, des zweitnächsten Thronagnaten, mit der Prinzessin Olga Marie von Sachsen-Weimar, einer Tochter des Prinzen Hermann von Weimar und der Prinzessin Auguste, Schwester des verstorbenen Königs Karl, in naher Aussicht. Eine solche Verbindung dürfte vom Lande freudig begrüßt werden, indem dadurch der Uebergang der Thronfolge auf die katholische Linie des Hauses Würtemberg in Frage gestellt würde. Die Nachricht bedarf indeß noch der Bestätigung.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 12. März. Den ersten Schritt zur Durchführung des kirchenpolitischen Programms des Ministeriums Wekerle wird der Gesetzentwurf über die Einführung der staatlichen Geburtenverzeichnisse bilden. Dem bereits vollständig ausgearbeiteten Entwurfe zufolge wird die Führung der Matrikeln im ganzen Lande mit allgemein bindender Geltung Personen anvertraut werden, die mit der gesetzlichen Eignung hierfür ausgestattet sind und von der Regierung ernannt werden. Die Priester sämmtlicher Bekenntnisse werden von der Führung der staatlichen Matrikelen grundsätzlich ausgeschlossen sein. In dem parlamentarischen Kampfe, der sich um diese Vorlage entspinnen wird, dürfte ein Theil der äußersten Linken der liberalen Partei zur Seite stehen; die Haltung Apponyis und seiner Gefolgschaft ist noch zweifelhaft. Graf Albert Apponyi trägt zwar sehr vorgeschrittene Meinungen betreffs der Kirchenpolitik zur Schau, ist aber so wandelbar und unberechenbar, daß auch mit der Möglichkeit seiner Gegnerschaft gerechnet werden muß, zumal, da er sich als Erbanwärter des Kabinets Wekerle betrachtet, falls dieses im bevorstehenden Feldzuge zu Falle käme.

Ueber die Vorgänge in der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses, in welcher die kirchenpolitische Erörterung fortgesetzt wurde, wird gemeldet:

„Die heutige Sitzung ergab den bereits gemeldeten Zwischenfall wegen des angeblichen Hülfesuchens Tiszas in Rom. Tiszas Inabredestellung ist ebenso entschieden, wie die erneuerte Behauptung seines klerikalen Gegners. Die äußerste Linke beabsichtigt, wie verlautet, die Sache noch auszubeuten, schon aus dem Grunde, um Tisza vor seinen protestantischen Glaubensgenossen bloßzustellen. Sollte das geschehen, so wird sich wohl das auswärtige Amt in Wien herbeilassen müssen, die Angelegenheit aufzuklären. In der heutigen Sitzung sprach neuerdings Kultusminister Graf Csaky. Er versicherte ohne jeden Vorbehalt, daß am 1. Januar 1894 die bürgerliche Matrikelführung ins Leben treten werde. Dem Grafen Szapary, der sich ganz auf den theologischen Standpunkt begeben hatte, sagte der Minister, mit Dogmen könne man einen Staat nicht regieren, nicht einmal der frühere Kirchenstaat sei mit Dogmen regirt worden. Am kräftigsten war der Minister, als er sich gegen jene zweifelhaften Liberalen wandte, die jetzt immer häufiger auf der Linken und äußersten Linken auftauchen und versichern, sie wären sonst freisinnig, wollten auch ganz bestimmt die Zivilehe, aber die jetzige Zeit sei für solche Reformen denn doch nicht geeignet, man müsse ruhige Zeiten abwarten, um dergleichen zu unternehmen. Darauf antwortete der Kultusminister: Eine Zeit, in der die Geistlichen es ruhig ansehen würden, daß man die Zivilehe und die Gleichberechtigung aller Bekenntnisse einführt, eine solche Zeit werde überhaupt niemals kommen, man müßte also die kirchenpolitischen Reformen für ewig vertagen, wenn man diesen Zeitpunkt abwarten wollte. Uebrigens sei es gar nicht wahr, daß die jetzige Zeit in Ungarn für liberale Reformen ungünstig sei. Eine Zeit, in der das ganze Abgeordnetenhaus einstimmig den Antrag Iranyis auf Einführung der Glaubensfreiheit annahm, sei doch wohl scheinbar die günstigste für liberale Reformen. Freilich gebe es Liberale, die eine ungeheure Begeisterung entwickeln, so lange es sich darum handelt, allgemeine Grundsätze auszusprechen, die aber tausend Bedenken haben, diese Grundsätze auszuführen. Die ungarischen Regierungsmänner sind nicht von dieser Art. Sie verkündigen einen Grundsatz nicht, wenn sie glauben, daß er unzeitgemäß sei, haben sie ihn aber verkündet, so stehen und fallen sie mit ihm. Stürmischer Beifall begleitete diese Aeußerungen des Ministers."

Frankreich.

Der Panama-Skandal hat ein neues Opfer gefordert; Justizminister Bourgeois hat in Folge der Enthüllungen, welche die Verhandlungen im Bestechungs-Prozeß am Sonnabend gebracht haben, sein Entlassungsgesuch eingereicht. Von Paris wird telegraphirt:

Die im Tone vollster Glaubwürdigkeit gemachten und vom Publikum für wahr gehaltenen Aussagen der Frau Cottu, sowie die Angaben des Herrn Soinoury, des ehemaligen Direktors der allgemeinen Sicherheit, haben den Justizminister Bourgeois veranlaßt, noch am Sonnabend in später Nachtstunde seine Demission zu geben. Er that dies in einem Brief an den Ministerpräsidenten Ribot, in welchem er Folgendes schreibt:

„Angesichts der heute von Soinoury gemachten Aussagen, die nicht, wie ich es für nöthig halte, mit genügender Wahrheit feststellten, daß ich als Justizminister weder direkt noch indirekt Jemandem erlaubt habe, hinsichtlich des Panama-Prozesses bei Madame Cottu Schritte zu thun, halte ich es für nöthig, daß ich meine volle Freiheit zurückerlange. Ich will nicht einen einzigen Tag einen Verdacht auf meiner Ehre lasten lassen und um jeden Verdacht gründlich zu beseitigen, darf nicht durch meine Pflichten als Mitglied der Regierung behindert sein. Ich bitte Sie daher, mein Entlassungsgesuch dem Präsidenten der Republik einzureichen."

Bourgeois hatte bekanntlich Herrn Soinoury, nachdem die ersten Enthüllungen über die Panama-Affaire in der Presse erschienen waren, seiner Stellung enthoben, ihn aber gleichzeitig befördert.

Wie man weiter aus Paris meldet, werden die Aussagen der Frau Cottu und des Herrn Soinoury in der heutigen Kammersitzung eine Interpellation zur Folge haben, die voraussichtlich zu stürmischen Debatten führt. Der „Figaro" sieht die Möglichkeit einer abermaligen Ministerkrisis voraus. Der „Matin" sagt, zwischen Ribot und Bourgeois habe schon früher ein solidarisches Verhältniß bestanden, dasselbe bestehe auch jetzt noch. Der „Gaulois" bemerkt, die ministerielle Verantwortlichkeit sei in Folge der Aussagen der Frau Cottu engagirt. Die meisten Blätter fällen ein scharfes Urtheil über Soinoury; sie machen den Justizminister Bourgeois für das Vorgehen Soinourys verantwortlich; auch der Konseilpräsident Ribot habe in dieser Angelegenheit eine schwere Schuld auf sich geladen, da er, obwohl er Soinourys Treiben kannte, demselben in den letzten Tagen noch einen wichtigeren Posten anvertraut habe. Das „Journal des Debats" erklärt, die öffentliche Meinung sei erregt und entrüstet und verlange unzweideutige Aufklärungen; eine einfache Demission des Ministers allein mache dieselben nicht überflüssig.

Paris, 12. März. Die Heereskommission der Deputirtenkammer hat unter Zurücknahme ihres früheren Beschlusses die Errichtung des besonderen militärischen Grades eines Armeekorps-Kommandanten genehmigt. Am 8. März erst hatte derselbe Ausschuß beschlossen, einen höheren Grad als den eines Divisionsgenerals nicht zuzulassen. Der gestern eingetroffene „Temps" hatte sogleich den ersten Beschluß der Kommission aufs lebhafteste bekämpft und darauf hingewiesen, daß das Armeekommando, wie es heute in Frankreich organisirt ist, nicht die Autorität habe, die unumgänglich nothwendig sei. So kommandiren die Armeeinspektoren, wie hervorgehoben wird, nur kraft eines geheimen Schreibens, das erst im Augenblicke der Mobilisirung des Heeres bekannt gegeben werden darf. Abgesehen von diesem Falle, sowie abgesehen von besonderen Missionen, die ihnen von Zeit zu Zeit übertragen werden, befinden sie sich im Wesentlichen in einer Situation, die kaum derjenigen der Generale gleichkommt, welche ein Armeekorps oder eine Division befehligen. Früher bestand der Grad des Marschalls, ein Grad, der jedoch thatsächlich aufgehoben worden ist, weil er gewissermaßen eine Reminiszenz an das zweite Kaiserreich und den deutsch-französischen Krieg darstellte. „Die sentimentalen Gründe", bemerkt der „Temps", „die gegen den Grad des Marschalls angeführt werden, könnten jedoch nicht lange gegen die Nothwendigkeit vorgebracht werden, in dauernder Weise Anführer für die Armeen zu besitzen. Deshalb wird mit aller Entschiedenheit für die Errichtung eines besonderen Grades plaidirt. Als besonderer Grund wird noch hervorgehoben, daß der Kriegsminister wohl in der Lage sein könnte, das Kommando einer Armee einem jüngeren General anzuvertrauen, daß dann aber, falls eine solche Funktion nicht durch einen höheren Grad geschützt würde, es sicherlich nicht an Eifersüchteleien und Reibungen fehlen würde, durch die ein großes Unglück herbeigeführt werden könnte, „das Jahr 1870 dürfte niemals vergessen werden," fügt der „Temps" hinzu, der mit Bestimmtheit annimmt, daß die Kammer den besonderen Grad eines général d'armée schaffen wird.

Paris, 12. März. Die Radikalen beginnen gegen das Ministerium Ribots entschieden Front zu machen. Die Blätter „Lanterne" und „Justice" werfen der Regierung vor, daß sie nur Enthüllungen gegen radikale Abgeordnete veröffentlicht, dagegen ihre opportunistischen Freunde deckt. Die „Lanterne" verlangt die Vorladung des Präsidenten Carnot, damit dieser über seine Rolle im Jahre 1886, als er Finanzminister war, Aufschluß ertheile.

Italien.

Rom, 11. März. Königin Margherita läßt sich von dem berühmten Portraitisten Professor Gordigiani malen und wird dann dieses ihr Bildniß der Kaiserin Auguste Viktoria zum Geschenk machen.

Rom, 11. März. Die „Tribuna" lobt die Energie der Regierung, welche der Wiener Erzbruderschaft Sankt Michael den Eintritt nach Italien verwehrt.

London, 11. März. Unterhaus. Nach mehr als siebenstündiger Debatte wurde ein Antrag angenommen, zur Spezialberathung des Kriegsbudgets überzugehen. Der Kriegsminister Campbell-Bannermann beantragte hierauf, den Präsenzstand des Heeres für England und die Kolonien, ausgenommen Indien, mit 154 442 Mann festzusetzen. Bannermann erklärte, er habe keine großen Veränderungen vorzuschlagen. Das seit zwanzig Jahren bestehende System werde fortgesetzt werden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 11. März. Gestern und heute fand im Storthing die Debatte betreffend die beiden zur Konsulatsfrage eingebrachten Anträge statt. In der heutigen Sitzung wurde folgender Antrag der Linken als Nachtrag zum ersten Antrage derselben eingebracht: Das Storthing spricht aus, daß eine Verhandlung mit der schwedischen Regierung über die Ordnung der Behandlung der diplomatischen Angelegenheiten nur stattfinden kann auf freier Grundlage, welche die Prüfung und Besprechung auch der eigenen norwegischen und schwedischen auswärtigen Angelegenheiten umfaßt, und zwar kraft des Rechtes sowohl Norwegens wie Schwedens, seine auswärtigen Angelegenheiten unter völlig genügender Verantwortlichkeit in konstitutioneller Hinsicht zu ordnen.

Großbritannien und Irland.

London, 12. März. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Kairo von gestern ist der Gouverneur des Suez-Kanals, Mahmud Riaz Pascha, ein Sohn des Premierministers, zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt worden, an Stelle Schukri Paschas, der den Posten als Gouverneur des Suez-Kanals erhielt.

Australien.

Die Königin Liliuokolani von Hawaii hat wieder, zu Anfang des Monats, eine Kundgebung erlassen, in der sie gegen die jüngste Revolution, gegen das Aufhissen der amerikanischen Flagge durch Stevens, sowie gegen den Vorschlag der Annexion der hawaiischen Inseln durch die Vereinigten Staaten protestirt. Der Kommandant des englischen Kriegsschiffes „Garnet" bat die provisorische Regierung um die Erlaubniß, Leute an Land senden zu dürfen, mit der Begründung, daß die britischen Bewohner der Inseln des Schutzes bedürften. Er erhielt abschlägigen Bescheid, da zwischen den Matrosen der britischen und denen der amerikanischen Kriegsschiffe Reibereien vorgekommen sind, welche mehrere Verhaftungen zur Folge hatten. Der britische Vertreter fragte hierauf bei dem Präsidenten der provisorischen Regierung, Mr. Dole, an, ob die Annexionsfrage einer Volksabstimmung unterworfen werden würde. Mr. Dole erwiderte, daß die Angelegenheit von der Regierung gerade in Erwägung gezogen werde. Inzwischen ist der auf die Annexion bezügliche Vertrag, welchen Präsident Harrison dem Senate in Washington vorgelegt hatte, vom Präsidenten Cleveland wieder zurückgezogen worden.

Vom Korruptionsprozeß.

(Original-Bericht der „Stettiner Zeitung".)

Paris, 10. März. In der Sitzung vom Donnerstag spielte im Laufe des Verhörs Blondins der frühere Minister Baihaut eine noch traurigere Rolle als gleich zu Anfang seines eigenen Verhörs. Auf die Frage des Präsidenten an Blondin, warum man von Baihaut keine Quittung über die empfangenen Summen verlangt habe, antwortete Charles de Lesseps, Blondin unterbrechend: Es war abgemacht worden, daß die Summe von 375 000 Franks an Baihaut in Bankbillets und ohne Quittung ausgezahlt werden sollte.

Der Präsident: Angeklagter Baihaut, bestehen Sie darauf, daß Blondin von Ihnen 75 000 Franks von 375 000 der Panamakompagnie als Belohnung seiner Vermittlerrolle erhalten hat?

Baihaut: Das Unglück der Anderen vermehrt das meinige nicht. Jawohl, er hat die Summe erhalten.

Der Präsident: Sie haben in der Untersuchung anders ausgesagt.

Baihaut: Am Tage, wo ich meine ersten Eingeständnisse machte, habe ich ebenso ausgesagt, wie heute. Und nun erzählte Baihaut folgende rührende Geschichte: Ich hatte die Schmerzensschreie Blondin's in seiner Zelle gehört. Ich hatte den bittenden Blick seiner Frau in den Wandelgängen des Palais de Justice begegnet und es war für mich in Folge dessen eine Erleichterung, die Verantwortlichkeit Blondin's abzuschwächen, und meine früheren Erklärungen zu dementiren. Dann habe ich wieder überlegt, daß ohne seine frühere Ueberredung ich niemals auf die schmähliche Angelegenheit eingegangen, und in Folge dessen habe ich wieder die Wahrheit gesagt. Jeder soll hier den ihm zukommenden Theil der Verantwortung tragen. Hierauf konstatirt der Advokat Boulay durch Vorlesung einer kategorischen Aussage Baihaut's, daß Baihaut formell erklärt habe, Blondin nichts von den 375 000 Franks gegeben zu haben. Indessen antwortet Baihaut ebenso wie vorher. Auf die Frage des Advokats Sallier, ob de Lesseps und Fontane wirklich gesagt hätten, die Haltung Baihaut's habe Sie geradezu angeekelt, antwortet Charles de Lesseps, daß die Schritte Baihaut's bei der Panamakompagnie ihm für einen Minister erniedrigend schienen. Fontane sagt, daß, was ihn besonders angewidert habe, die durch Baihaut angewendete Phrase gewesen sei: Entweder wird meine Meinung günstig oder ungünstig sein, je nachdem Sie bezahlen oder nicht. Die Aussagen Baihaut's, so fügt Fontane hinzu, sind geradezu eine Pyramide von Lügen und Erfindungen. Erregt springt auf die Behauptung hin Baihaut auf, um in salbungsvollem Tone zu versichern, daß er heute die reine Wahrheit gesagt und daß sowohl Lesseps als Fontane und Blondin wußten, daß die von ihm verlangte Summe zu seinem Privatgebrauch bestimmt gewesen sei. Der Advokat Lallier konstatirte, daß er einen Journalisten zu 10 000 Franks Schadenersatz habe verurtheilen lassen, weil derselbe ihn öffentlich beschuldigt habe, Geld von der Panamakompagnie gewonnen zu haben. Baihaut erwidert hierauf, die Verleumdung habe sich nicht nur auf die Panamaaffaire, sondern auch auf sein Privatleben bezogen. Indessen habe er dem Journalisten angeboten, ihn zu entschädigen. Hierauf wird die Sitzung für eine halbe Stunde aufgehoben. Im Publikum als auch unter den Gruppen der zahlreichen Vertheidiger bespricht man lebhaft die Haltung Baihaut's, die heute den denkbar schlechtesten Eindruck macht.

Um 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. „Meine Herren Geschworenen! — so sagt der Präsident, — wir haben den ersten Hauptpunkt der Korruptionsanklage beendigt. Wir gehen jetzt zur Prüfung der Vorkommnisse von 1886 über." Sans-Leroy wird nun verhört. Er erzählt, daß er, ohne seine Kandidatur angetragen zu haben, in die parlamentarische Kommission gewählt worden sei, welche mit der Prüfung des Emissionsprozesses von 1888 betraut war. Er habe dem Projekt nicht feindlich gegenübergestanden. Seine Ansicht habe er aus dem Studium des Projekts erhalten. Auf eine etwas barsche Zwischenfrage des Staatsanwalts läßt Sans-Leroy eine erregte Rede gegen die ihn betreffende Anklage los, welche ihn, den alten Abgeordneten nach fünf Jahren treffe, während man viel einflußreichere und kompromitirtere Persönlichkeiten, die jetzt noch im Parlament sitzen, in Ruhe gelassen habe. Meine Haltung, so sagt Sans-Leroy, war die eines Kommissars, welcher dazu ernannt ist, sich über eine Sache zu unterrichten und nicht für eine bestimmte Sache ohne Prüfung Partei zu nehmen. Später habe ich, wie viele Andere, meine Ansicht geändert, um für das Projekt eine Majorität zu schaffen. Ein einziges Mal habe er in den Kouloirs der Kammer einen Herrn getroffen, der wie man ihm gesagt habe, Arton gewesen sein soll. Auf die Frage des Präsidenten, ob er nicht im April 1888 eine Summe von 200 000 Franks beim Credit Lyonnais deponirt habe, gibt Sans-Lewy folgende sensationelle Erklärung ab: Ah! Das ist gerade der Punkt, um den es sich handelt. Die Anklage hat zuerst

zu beweisen, daß diese 200 000 Franks von Arton kommen, bevor ich meine Unschuld beweise. Sans-Leroy erzählt hierauf seine Verhaftung. Während ganzer 7 Monate sei er nur 3 Mal verhört, und sonst in vollständiger Abgeschlossenheit gehalten worden. Welche Ungerechtigkeit und Verschiedenheit in der Behandlung der Personen, so ruft er erbittert aus. Mich hat man verhaftet; die anderen werden bei sich in ihrer Wohnung verhört. Möchten Sie mir für diese Dinge den Grund angeben, Herr Präsident. — Diese Worte Sans-Lewys brachten im Zuschauerraum eine große Bewegung hervor; laut zollte man dem Angeklagten Beifall für seine offene Sprache. Der Lärm wurde schließlich so groß, daß der Präsident befahl, den Saal zu räumen. Hierauf konstatirte der Präsident, daß Sans-Leroy sich im Jahre 1887—88 in Schwierigkeiten befunden habe, daß er 600 000 Franks Schulden hatte 2c., er möge doch angeben, woher er das auf dem Kredit Lyonnais deponirte Geld habe.

Der Angeklagte: Das ist die Mitgift meiner Frau, welche genau 200 000 Franks beträgt; mein Vertheidiger hat die hierzu gehörigen Akten in Händen. (Große Sensation im Publikum.)

Der Präsident wirft dem Angeklagten vor, diese Akten, die er vom Vertheidiger verlangt, nicht früher vorgebracht zu haben. Er wäre sicher außer Verfolgung gesetzt worden.

Sans-Leroy replizirt, daß er eine Freisprechung durch den Assisenhof trotz seiner langen Haft einer Sistirung des Verfahrens gegen ihn vorziehe. Arton habe sich jedenfalls rühmen wollen, als er ihn auf seine Liste mit 300 000 Franks einschrieb.

Das Verhör des Senators Beral förderte nichts besonders Neues zu Tage; wie schon früher vor der Enquetekommission und dem Untersuchungsrichter erklärte er auch heute, daß die erhaltene Summe der Betrag der Honorare sei, welche der Baron von Reinach, dessen juristischer Berather er gewesen, ihm schuldete; er werde seine dauernden Geschäftsbeziehungen zu Reinach durch Dokumente beweisen.

Unter noch gewaltigerem Zudrang des Publikums als zu den beiden ersten Sitzungen werden die Verhandlungen am Freitag eröffnet. Das zahlreiche Publikum hat sich hauptsächlich in Folge der gestrigen Ankündigung des Präsidenten eingefunden, wonach heute das sensationelle Verhör der drei Hauptzeugen Floquet, de Freycinet und Clemenceau stattfinden sollte. Zuerst wird der erste von der Anklage zitirte Zeuge, der Sachverständige Flory, vernommen.

Der Zeuge: Ich habe die Panama-Angelegenheit besonders von ihrer finanziellen Seite aus studirt und geprüft. Die Arbeiten haben die übertriebene und ganz unerklärliche Summe von 530 Millionen verschlungen, während andererseits die Arbeiten lange nicht mit der erwünschten und bei einer solchen Riesensumme möglichen Schnelligkeit vorwärts schritten. Unter diesen Ausgaben von 530 Millionen habe ich vor allem diejenigen herausgegriffen, deren Berechtigung mir zweifelhaft zu sein schien. So wurden 105 Millionen für die Publizität der Emissionen ausgegeben. Der Zeuge geht hierauf auf die an Reinach, Arton, Herz u. s. w. gezahlten Summen über, Alles längst bekannte Thatsachen. Ferdinand de Lesseps und die Begründer des Unternehmens haben im Ganzen 67 Millionen erhalten, Ferdinand de Lesseps außerdem 240 000 Franks Gehalt als Präsident, ohne die bedeutenden Repräsentationskosten zu zählen.

Der Advokat Charles de Lesseps, Barboux, unterwirft den Zeugen einem kleinen Kreuzverhör, um demselben zu beweisen, daß derselbe den 600 Seiten langen Bericht über die Ausgaben des Unternehmens nicht kenne.

Vertheidiger Barboux: Sie analysiren in fünf Minuten einen Bericht von 600 Seiten.

Der Zeuge: Ich bin bereit, auf alle Fragen zu antworten.

Vertheidiger Barboux: Wie viel hatte Charles de Lesseps Gehalt? Der Zeuge: 25 000 Franks.

Charles de Lesseps: Das ist falsch, ich hatte nur 12 500 Franks.

In klarer Weise konstatirt Barboux verschiedene Irrthümer in den Aussagen des Sachverständigen Flory.

Der Präsident: Welches ist die gegenwärtige Situation der Panamagesellschaft?

Dieselbe besitzt noch 200 Millionen, 1200 Millionen sind verschuldet, wovon 550 für Arbeiten.

Hierauf wird Robert Thieree vom Bankhaus Thieree und Co. verhört. Derselbe giebt zunächst eine Darstellung von der Beschlagnehmung der berüchtigten Chektalons. Der Baron Reinach — so erzählt er —, schrieb in meiner Gegenwart die berüchtigten Cheks und gab die zu der Bezahlung der Cheks nothwendigen Summen her. Auf den korrespondirenden Talon schrieb er verschiedene, auf die Persönlichkeit, welche den Chek zu erhalten hatte, bezügliche Bemerkungen.

Der nun als Zeuge verhörte Bankier Propper machte folgende klassische Aussage: „Im Juli 1890 habe ich von dem Baron de Reinach den Chek von 3 Millionen erhalten, den ich bei der Banque de France diskontiren ließ. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Der frühere Deputirte Roudeleux wird hierauf über die Haltung Sans-Leroys in der parlamentarischen Kommission verhört. Dieser Zeuge kann im Verein mit den Deputirten Salis Faure und Cantagrel nur konstatiren, daß Sans-Leroy dem Emissionsprojekt ursprünglich feindlich gesinnt war, und sich später in der Kommission plötzlich zu Gunsten desselben ausgesprochen habe. Dieser Gesinnungswechsel habe damals Anlaß zu verschiedenen Kommentaren gegeben. Nach dem unbedeutenden Verhör mehrerer früherer Büreaudiener der Panamagesellschaft macht der frühere Sekretär Reinachs, Paul Stephan, seine Aussagen. Vor 8 Jahren, so erzählte er, diktirte mir der Baron von Reinach eine Liste von Namen, die ich zu dem Deputirten Clemenceau tragen sollte. In dem Hause Clemenceau's habe ich die in einem Briefe eingeschlossene Liste einem Diener abgegeben; wo dieselbe jetzt ist, davon weiß ich nichts.

Nachdem das Mitglied der Akademie Levasseur, welchem Charles de Lesseps aus Dankbarkeit für eine im Interesse des Kanalunternehmens hochwichtige wissenschaftliche Arbeit einen Gründerantheil von 75 000 Franks angeboten, erklärt hatte, daß er in diesem Angebot nie etwas für seine Persönlichkeit Entehrendes oder Verletzendes gesehen habe, beginnt das längst erwartete Verhör des früheren Kammerpräsidenten Floquet. Während der Präsident Floquet als Zeugen aufrief, entstand im Zuhörerraum eine große Bewegung. Floquet scheint sehr aufgeregt und seine Stimme kann seinen erregten Zustand nicht verbergen. Auf die Aufforderung des Präsidenten wiederholt Charles de Lesseps, Floquet fest ins Auge fassend, seine frühere Darstellung des dem damaligen Kammerpräsidenten gemachten Besuches, und versicherte, daß es bestimmt vor der Abstimmung des Emissionsprojektes in der Kammer gewesen sei, als Floquet durch die Vermittelung Artons ihn gebeten habe, zu politischen Zwecken auf die Emissionskosten hin 300 000 Franks zu geben.

Vor Wuth und Aufregung fast zitternd, erwiderte Floquet auf die Darstellung von Charles de Lesseps, daß er die Aussagen de Lesseps vollständig bestreite. Niemals habe ich 300 000 Franks für politische Zwecke von Herrn de Lesseps verlangt, angeblich weil meine geheimen Fonds erschöpft gewesen wären. Ich trat meine damalige hohe Stellung am 3. April an; die Wahlen im Norden, zu denen ich das Geld verlangt haben soll, fanden am 15. April und die Abstimmung des Emissionsprojekts in der Kammer am 25. desselben Monats statt. Ich hatte damals in den geheimen Fonds mehr 1 200 000 Franks zu meiner Verfügung. Ich habe den Vater und Sohn Lesseps empfangen, welche kamen, um mich zu bitten, ich möchte dem Emissionsprojekt keinen Widerstand entgegensetzen. Die Regierung hat sich der Abstimmung enthalten. Damit glaube ich genügend Aufklärung gegeben zu haben. (Murren und Lachen im Zuschauerraum.)

Charles de Lesseps (energisch): Ich halte meine Aussagen bis ins kleinste Wort aufrecht.

Floquet (wüthend): Ich auch.

Charles de Lesseps: Wie ist es möglich, Herr Floquet, daß die geheimen Fonds so gefüllt waren, wenn man nicht einmal die durch Blasto bei Rouvier geliehenen 100 000 Franks zurückzahlen konnte.

Floquet: Sie verwechseln, Herr de Lesseps, man hat mir nie von so etwas gesprochen. Ich verstehe überhaupt nicht, was sie sagen wollen. (Auf diese unter sichtlicher Verlegenheit gegebene Antwort Floquet's hin entsteht ein solcher Lärm und solches Gelächter im Zuschauerraum, daß der Präsident den Saal räumen läßt.)

Charles de Lesseps erzählt hierauf von dem Besuch bei Floquet, der den Vater Lesseps zu sich gebeten hatte, und wiederholte, daß Floquet in Bezug auf die Zurückweisung der unverschämten Forderungen Reinach's, welcher die Panamakompagnie durch die Drohungen von Cornelius Herz zur Herausgabe von mehreren Millionen nöthigen wollte, ihm und seinem Vater gesagt habe: „An Ihrer Stelle hätte ich nicht anders gehandelt."

Floquet: Damit gesteht ja de Lesseps selbst zu, daß ich ihn durchaus nicht aufgefordert habe, an Reinach Gelder herauszugeben. Der Zeuge schwört bei seinen Göttern, daß er weder Reinach noch Herz gekannt habe. In große Verlegenheit bringt der Vertheidiger de Lesseps, Barboux, den früheren Kammerpräsidenten Floquet mit der Frage, was jener Satz heißen wolle, den Floquet vor dem Untersuchungsrichter ausgesprochen habe: „durch Informationen, welche ich mir verschaffte, wußte ich von Reinach und Cornelius Herz . . ."

Floquet ist durch diese Frage sichtlich verwirrt, nennt Barboux „mon cher confrère" und erwidert, er habe nicht verstanden; auf das wiederholte Drängen Barboux's erwidert Floquet, das Amtsgeheimniß verhindere ihn, über diese Angelegenheiten hier zu reden. (Diese Haltung Floquet's erregte unter den Geschworenen fortwährend sich steigerndes allgemeines Erstaunen.) Auf die Frage Barboux's, ob er Arton kenne, antwortet Floquet, er kenne ihn allerdings, habe aber mit ihm ebensowenig in geschäftlichen Beziehungen gestanden als mit Reinach oder Herz. Gegenüber einer weiteren Frage, ob er die Depeschen von Cornelius Herz kenne, verschanzt sich Herr Floquet hinter dem Amtsgeheimniß. (Während einer jetzt folgenden Ruhepause wird allgemein von nichts Anderem gesprochen, als von der Haltung Floquet's, von dessen Aussagen man sich noch große Erwartungen verspricht.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. März. Das zehnte Verzeichniß der bei dem Reichstag eingegangenen Petitionen enthält u. A. die folgenden: Oberpfarrer Niedergesäß und Genossen aus Schwedt und Umgegend bitten um Beibehaltung des Jesuitengesetzes; Inspektor Otto Melchert aus Datzow und Genossen, Bauer Franz Borchert zu Zetzin und Genossen, Gutshauptparzellenbesitzer Moldenhauer zu Thyn und Genossen, Bauerhofsbesitzer Karl Puscher zu Jagow und Genossen, königl. Domänenpächter W. Seegebrecht aus Tretenwalde, Rittergutsbesitzer O. v. Kameke zu Theenow und Genossen und Gemeindevorsteher Werner zu Schützenaue und Genossen bitten beim Abschluß eines Handelsvertragrs mit Rußland eine Herabsetzung der für die Ausfuhr aus Rußland bestehenden landwirthschaftlichen Zölle nicht genehmigen zu wollen; die landwirthschaftlichen Vereine Stolp Schlawe-Rummelsburg und Belgard (Persante) bitten dahin zu wirken, daß ein Abkommen mit anderen Nationen abgeschlossen werde, welches die Wiederherstellung des Silberwerthes einführt; der Magistrat und das bürgerliche Kollegium zu Greifswald bitten um Bewilligung der im Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1893—94 zur Erwebung eines Bauplatzes für ein neues Postdienstgebäude in Greifswald geforderten Mittel; Dr. Amelung bittet im Auftrage einer Versammlung des Wahlvereins der deutsch-freisinnigen Partei, die Militärvorlage abzulehnen, nur die zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit, unter Beibehaltung der jetzigen Friedenspräsenzstärke, erforderlichen Mittel zu bewilligen und die Mehrausgaben durch Veränderung des Branntweinsteuergesetzes aufzubringen; C. Bandt zu Schmaatz und Genossen aus den Kreisen Stolp und Köslin bitten, der Mitilärvorlage nur bezüglich der Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen ohne Erhöhung der Friedenspräsenzstärke zuzustimmen und die erforderlichen Mittel durch Abänderung der Branntwein-Besteuerung unter Aufhebung der Kontingentirung aufzubringen.

— Die Bräunlich'sche Rhederei wird in diesem Jahre wieder allein die Dampferverbindung zwischen Stettin und Wollin-Kammin-Dievenow unterhalten, sie hat den Dampfer „Hai" der Henckel'schen Rhederei, welche im vorigen Jahre die Konkurrenz aufgenommen hatte, für die nächsten 10 Jahre gechartert.

* Vom Jakobi-Kirchhof wurde am Abend des 8. d. Mts. ein zweirädriger, grau gestrichener Handwagen gestohlen.

* In der vorletzten Nacht arretirte der Wächter in der Breitenstraße den Arbeiter Wilhelm Gerloff, welcher durch ungebührlichen Lärm die nächtliche Ruhe störte. Auf dem Transport zur Wache leistete derselbe erheblichen Widerstand, weshalb er zur Kustodie befördert wurde.

Musikalisches.

Wie Herr Paul Wild stets bemüht gewesen ist, an seinen Kammermusikabenden besondere hervorragende Tonwerke aus dem Gebiet der Kammermusik-Literatur zu Gehör zu bringen, so empfiehlt sich auch seine letzte diesjährige Soiree, die am nächsten Mittwoch im kleinen Saale des Konzerthauses stattfinden wird, durch ihr interessantes Programm. Außer zwei Beethoven'schen Tonschöpfungen, dem herrlichen Es-dur-Klavier-Trio (op. 70, Nr. 2) und der F-dur-Sonate (op. 5) für Cello und Klavier, werden ein Klavier-Trio von Brahms (C-dur, op. 87) und Introduktion und Allegro appassionato für Violine und Pianoforte von Gernsheim (op. 38) zum Vortrag gelangen. Wenn schon die letztgenannten Werke, die hinsichtlich ihrer Form und ihres Inhalts zu dem Besten zählen, was auf diesem Gebiet der Musik in neuerer Zeit geschaffen worden ist, allseitige Beachtung verdienen, so steht auch in Bezug auf die Ausführung des gehaltvollen Programms zu erwarten, daß die Darbietungen vortrefflich und reizvoll sein werden. Neben den durch ihre echt künstlerische Leistungen hochgeschätzten Herren P. Wild (Violine) und Eugen Sandow (Cello) wird Herr Max van de Sandt aus Berlin, der zu den bedeutendsten Pianisten der Jetztzeit gehört, den Klavierpart ausführen. Derselbe hat in einem am 6. d. Mts in der Sing-Akademie gegebenen Konzert sehr außerordentliche Erfolge erzielt, daß wir nicht unterlassen wollen, auf seine Mitwirkung in der vorgenannten Kammermusik-Aufführung auch von dieser Stelle aus aufmerksam zu machen.
—t.

Aus den Provinzen.

Kolberg, 11. März. Der Bezirksausschuß in Köslin hat in seiner Sitzung am Donnerstag dem Beschlusse der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung, 240 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, die Bestätigung versagt; es soll der Bestimmung des Ministers gemäß allenthalben die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mehr zu den Kommunallasten herangezogen werden.

Landwirthschaftliches.

Der Verein der Berliner Viehkommissionshändler hat nach Mittheilung der „Deutschen Fleischer-Zeitung" heut Sonnabend mit einigen abhängigen Händlern beschlossen, einen Aufruf in alle landwirthschaftlichen Zeitungen zu erlassen, zur Zeit kein Vieh nach Berlin zu verkaufen; man will auf diese Weise die Tage Mittwoch und Sonnabend als Hauptmarkttage erzwingen. Da die Schlächter Berlins und Umgegend aber diese Tage unmöglich als Markttage acceptiren können, wenn dieselben sich nicht geschäftlich und wirthschaftlich auf das schwerste schädigen wollen, so fordert das genannte Fachblatt alle Landwirthe auf, welche Fettvieh zum Verkauf stehen haben, dasselbe vertrauensvoll an die Viehkommissions-Firma Kohlberg u. Weber-Berlin, Zentral-Viehhof, direkt zu senden, oder von der Verkäuflichkeit größerer Posten dieser Firma Anzeige zu machen, da dann Beauftragte der Firma zum Kaufabschluß geschickt werden. Die Firma hat sich unter die Aufsicht des Vorstandes der Berliner Schlächter-Innung gestellt und leistet für pünktliche und prompte Geschäftsvertretung die denkbar größte Sicherheit.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 13. März. Der große Festzug der Viehhofangestellten zur Feier der Sonntagsruhe, der schon am vorigen Sonntag stattfinden sollte, damals aber unterblieb, angeblich wegen zu gewaltigen Andranges, hat nunmehr gestern Mittag stattgefunden. Freilich in so bescheidenem Umfange, daß die Veranstaltung ohne jede Wirkung auf das in großen Straßen angesammelte Publikum blieb und nur einige spöttische Bemerkungen der allezeit schlagfertigen Berliner hervorrief. Eröffet wurde der Zug von zwei berittenen Herolden mit Partisanen, die der Volkswitz bald in Bratenspieße umgewandelt hatte; dann kam ein Kremser mit der Musik. In zweispännigem Wagen, der hinter der Musik einherfuhr, saßen vier Viehtreiber in blauen Kitteln und mit Zylinderhüten, die ein kleines blaues Banner hielten, dessen Inschrift der Feier der Sonntagsruhe galt. In drei Wagen, zwei Schlächterbreaks und vier schwach besetzten Kremsern folgten die übrigen Fachgenossen, etwa 80 an der Zahl, zumeist Viehtreiber und Schlächtergesellen, sowie einige Meister. Die Kommissionäre und ihre Beamten hielten sich fern, ebenso die Beamten des Viehhofes selbst. Unter den Klängen der Nationalhymne bewegte sich der kleine Zug über den Lustgarten am Schloß vorbei und bog dann mit dem „Hohenfriedberger" in die Linden ein.

— In den musikalischen Kreisen Berlins sah man der gestrigen Generalprobe zum letzten diesjährigen philharmonischen Konzerte mit größter Spannung entgegen. Sollte doch Hans v. Bülow zum ersten Male nach langer Zeit wieder den Taktstock führen. Bis in die letzten Tage hinein war man zweifelhaft, ob der oft Angekündigte wirklich so weit wieder hergestellt sei, um seines Amtes am Dirigentenpulte walten zu können. Erfreulicher Weise ist es der Fall; er kam gestern und erfocht einen neuen Sieg mit seinen musikalischen Truppen. Die große Philharmonie war überfüllt; dicht gedrängt stand selbst in den Gängen das Publikum. Es begrüßte den genialen Musiker mit lebhaftem Beifall und brach zum Schluß in Hochrufe aus. Des Sensationellen, von dem der Abgang Bülows vor einem Jahre begleitet war, entbehrte sein Wiedererscheinen.

— Die 43 000ste kaufmännische Stelle wurde am 28. Februar d. J. durch die für Aufträge ertheilende Firmen sowohl, als auch für die stellesuchenden Mitglieder völlig kostenfreie Vermittelung des „Vereins für Handlungs-Kommis von 1858 in Hamburg" besetzt. Am 22. November v. J. war die Besetzung der 42 000sten Stelle erfolgt. Der Hamburger Verein von 1858 zählt z. Z. schon über 42 000 wirkliche Angehörige, darunter über 5000 etablirte Kaufleute. In den letzten 11 Jahren traten diesem Vereine 62 228 Mitglieder bei.

— Einer Meldung aus Sheffield zufolge fand in dem neu erbauten Klub der Konservativen eine Gasexplosion statt, welche einen enormen Schaden anrichtete. Zwei Personen wurden getödtet.

— Zu dem aus Athen gemeldeten Unglücksfalle auf dem Pantheon theilt die „Potsdamer Zeitung" mit, daß die Abgestürzte eine Tochter des Wildmeisters Weber in Wildpark ist, welche der Kronprinzessin Sophie von Griechenland von Jugend auf bekannt war und mit der Prinzessin und deren Hofstaat nach Athen ging. Ein Sohn des Wildmeisters, der bei den Garde-Jägern diente, hat sich vor längerer Zeit im Wildpark erschossen, so daß der jetzige Unglücksfall die heimgesuchte Familie, welche davon telegraphisch benachrichtigt wurde, doppelt schwer trifft. — Die Familie des Wildmeisters Weber hatte sich stets der Gunst des damaligen kronprinzlichen Paares zu erfreuen gehabt. Der Vater stand im persönlichen Dienste des Kronprinzen, die Mutter, eine Deutsche, war lange Zeit in der Umgebung der Königin von Großbritannien; daher das persönliche Interesse, das die hohen Herrschaften an der in der Wildmeisterei des Wildparks wohnenden Familie nahmen.

Hamburg, 12. März. Der Photograph Waldemar Siemssen, am Steindamm wohnhaft, hat sechs Revolverschüsse auf seine Frau abgefeuert, weil er glaubte, daß sie mit dem Inhaber eines Cafés ein unerlaubtes Verhältniß unterhalte. Drei Schüsse gingen fehl, durch die drei anderen Schüsse wurde die Frau lebensgefährlich verletzt. Der Thäter ist entflohen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. März. Wetter: Schön. Temperatur + 10 Grad Reaumur. Barometer 756 Millimeter. Wind: W.

Weizen matt, per 1000 Kilogramm loko 145,00—149,00 bez., per April-Mai 149,50 B. u. G., per Mai-Juni 151,00 B. u. G., per Juni-Juli 152,50 B. u. G.

Roggen matt, per 1000 Kilogramm loko 123,00—125,50 bez., per April-Mai 128,00 bis 128,50 bez., per Mai-Juni 130,00 B. u. G., per per Juni-Juli 132,00—132,50 bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 133—138.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 34,0 bez., per März 70er 32,5 nom., per April-Mai 70er 33,0 nom., per August-September 70er 35,0 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen —,—, Roggen —,—, 70er Spiritus 32,5.

Angemeldet: Nichts.

Berlin, 13. März. Weizen per April-Mai 151,50 bis 151,00 Mark, per Mai-Juni 152,25 Mark, per Juni-Juli 153,50 Mark.

Roggen per April-Mai 132,75 bis 132,00 Mark, per Mai-Juni 133,75 Mark, per Juni-Juli 135,00 Mark.

Hafer per April-Mai 143,75 Mark.

Spiritus loko 70er 35,20 Mark, per März 70er 34,00 Mark, per April-Mai 70er 34,20 Mark, per August-September 70er 35,70 Mark.

Rüböl per April-Mai 50,50 Mark, per September-Oktober 50,90 Mark.

Petroleum per März 19,30 Mark.

Berlin, 13. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,60	Amsterdam kurz	—,—
do. do. 3½%	101,40	Paris kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	87,60	Belgien kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,10	Bredower Cement-Fabrik	92,00
Italienische Rente	93,00	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	80,59
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,20		
Ungar. Goldrente	97,25	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	204,50
Rumän. 1881er amort. Rente	98,40	„Union", Fabrik chem. Produkte	132,10
Serbische 5% Rente	79,30		
Griechische 5% Goldrente	61,50	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
Russ. Boden-Credit 4½%	101,40		
do. do. von 1880	98,25	Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	91,00
Mexikan. 6% Goldrente	80,80		
Oesterr. Banknoten	168,75	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Banknoten Cassa	216,10		
do. do. Ultimo	216,25	Disconto-Commandit	189,40
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	105,80	Berliner Handels-Gesellsch.	152,60
		Oesterr. Credit	184,90
do. (110) 4%	105,80	Dynamite Trust	143,25
do. (100) 4%	101,25	Bochumer Gußstahlfabrik	138,40
P. Hyp.-A.-B. (100) 4%		Laurahütte	110,10
V.—VI. Emission	103,00	Harpener	145,10
Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	112,50	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	124,60
Stett. Vulc.-Prioritäten	132,75	Dortm. Union St.-Pr. 6%	66,25
Stett. Maschinenb.-Anst.		Ostpreuß. Südbahn	77,80
vorm. Möller u. Holberg		Marienburg-Mlawka-bahn	69,70
Stamm-Akt. à 1000 M.	52,00		
do. 6% Prioritäten	72,00	Mainzerbahn	116,00
Petersburg kurz	215,90	Norddeutscher Lloyd	118,30
London kurz	—,—	Lombarden	51,25
London lang	—,—	Franzosen	—,—

Tendenz: fest.

Paris, 11. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Träge.

		Kours v. 10.
3% amortisirb. Rente	97,95	98,05
3% Rente	97,80	97,95
Italienische 5% Rente	92,70	92,77½
4% ungar. Goldrente	96,62	96,68
III. Orient	70,85	70,95
4% Russen de 1889	—,—	98,80
4% unifiz. Egypter	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	64,50	64,75
Convert. Türken	22,37½	22,37½
Türkische Loose	92,00	92,50
4% privil. Türk.-Obligationen	449,50	449,50
Franzosen	655,00	657,50
Lombarden	250,00	247,50
Banque ottomane	586,00	587,00
„ de Paris	651,00	648,00
„ d'escompte	150,00	152,00
Credit foncier	983,00	985,00
„ mobilier	143,00	140,00
Meridional-Aktien	641,00	640,00
Rio Tinto-Aktien	388,75	389,39
Suezkanal-Aktien	2642,00	2640,00
Credit Lyonnais	776,00	776,00
B. de France	3930,00	3925,00
Tabacs Ottom.	384,00	384,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⁹⁄₁₆	122⁹⁄₁₆
Wechsel auf London kurz	25,15½	25,15½
Cheque auf London	25,17	25,17
Wechsel Amsterdam k.	206,18	206,25
„ Wien k.	205,50	205,37
„ Madrid k.	429,50	430,25
Comptoir d'Escompte, neue	—,—	—,—
Robinson-Aktien	96,25	91,20
Portugiesen	21,62	21,62
3% Russen	79,25	79,25
Privatdiskont	1⅞	1⅞

Hamburg, 11. März, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 84,25, per Mai 82,00, per September 81,50, per Dezember 80,25. — Ruhig.

Hamburg, 11. März, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per März 14,45, per Mai 14,65, per September 14,52½, per Dezember 13,07½. — Stetig.

Bremen, 11. März. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Stetig. Loko 5,20 B. Baumwolle ruhig.

Wien, 11. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,46 G., 7,49 B., per Herbst 7,62 G., 7,65 B. Roggen per Frühjahr 6,51 G., 6,54 B., per Mai-Juni —,— G., —,— B. Mais per Mai-Juni 5,00 G., 5,03 B. Hafer per Frühjahr 5,94 G., 5,95 B.

Pest, 11. März, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, per Frühjahr 7,29 G., 7,30 B., per Herbst 7,43 G., 7,45 B. Hafer per Frühjahr 5,57 G., 5,59 B. Mais per Mai-Juni 4,68 G., 4,69 B. Kohlraps per August-September 12,00 G., 12,10 B. — Wetter: Sturm.

Amsterdam, 11. März. Bancazinn 57,00.

Amsterdam, 11. März. Java-Kaffee good ordinary 54,50.

Amsterdam, 11. März. Nachmittags. Weizen März —, Mai 171. Roggen März 135, Mai 129.

Antwerpen, 11. März. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 11. März, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. u. B., per März —,— bez., 12⅝ B., per April-Mai 12⅝ B., per September-Dezember —,— bez., 12⅞ B. Fest.

Paris, 11. März, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88 % loko 38,50 bis 38,75. Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 40,75, per April 41,00, per Mai-August 41,50, per Oktober-Dezember 37,00.

Paris, 11. März, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 20,90, per April 21,20, per Mai-Juni 21,50, per Mai-August 21,70. Roggen ruhig, per März 13,70, per Mai-August 14,10. Mehl ruhig, per März 46,90, per April 47,10, per Mai-Juni 47,50, per Mai-August 47,70. Rüböl fest, per März 59,00, per April 59,25, per Mai-August 60,50, per September-Dezember 60,75. Spiritus beh., per März 48,75, per April 48,75, per Mai-August 48,50, per September-Dezember 44,25. — Wetter: Schön.

Havre, 11. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per März 106,50, per Mai 103,50, per September 102,50. Ruhig.

London, 11. März. 96 prozent. Javazucker loko 16,50, fest. Rübenrohzucker loko 14,37, fest. Centrifugalzucker —.

Glasgow, 11. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 347 313 Tons gegen 497 976 Tons im vorigen Jahre.

Newyork, 11. März. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per April —,—. Weizen per Mai 77,50.

Newyork, 11. März, Abends 6 Uhr. (Waarenbericht.) Baumwolle in Newyork 9⅛, do. in New-Orleans 9. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 G. Rohes Petroleum in Newyork 5,55, do. Pipe line certificates per April —,—. Stetig. Schmalz loko 12,75 nom., do. (Rohe u. Brothers) 12,90. Zucker (Fair refining Muscovados) 3. Mais (New) per März 53,50, per Mai 51,25, per Juli 51⅜. Rother Winter-Weizen loko 77,00. Kaffee Rio Nr. 7 17⅞. Mehl (Spring clears) 2,45. Getreidefracht 1,25. Kupfer 11,70—11,95. Rother Weizen per März 75,50, per April —,—, per Mai 77,75, per Juli 79,25. Kaffee Nr. 7 low ord. per April 16,90, per Juni 16,65.

Newyork, 11. März. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 16 716 253 Dollars gegen 15 745 518 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 4 342 134 Dollars gegen 3 511 210 Dollars in der Vorwoche.

Bankwesen.

Berlin, 11. März. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 7. März.

Aktiva.

1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet M. 919 376 000, Abnahme 4 974 000.
2) Bestand an Reichskassenscheinen M. 24 967 000, Zunahme 383 000.
3) Bestand an Noten and. Bank. M. 9 106 000, Abnahme 405 000.
4) Bestand an Wechseln M. 465 500 000, Abnahme 12 547 000.
5) Bestand an Lombardfordrg. M. 82 470 000, Abnahme 3 478 000.
6) Bestand an Effekten M. 8 378 000, Zunahme 99 000.
7) Bestand an sonst. Aktiven M. 34 472 000, Abnahme 802 000.

Passiva.

8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 926 134 000, Abnahme 1 807 000.
11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten, 456 280 000, Abnahme 19 998 000.
12) An sonstigen Passiva M. 3 285 000, Zunahme 2,946 000.

Schiffsnachrichten.

Tondern, 12. März. Ein unbekannter Dampfer ist an unserer Westküste untergegangen, Schiffstheile, Leichen und etwa 500 Petroleumfässer sind ans Land getrieben.

Telegraphische Depeschen.

Essen, 13. März. Gestern fand hier eine Versammlung von Bergleuten statt, in welcher über die gegenwärtige Lage Bericht erstattet werden sollte. Da die Versammlung aber sehr schwach besucht war, so faßten die Redner sich sehr kurz und forderten nur zum Anschluß an den Verband auf.

Paris, 12. März. Der Minister Bourgeois reichte gestern seine Entlassung ein, wie er in dem Begleitschreiben sagt, wegen der gestrigen Zeugenaussage Soinourys. Die Nachricht hat große Sensation hervorgerufen. „Figaro" glaubt, daß noch andere Minister dem Beispiele Bourgeois' folgen werden. Der „Gaulois" sagt, die Entlassung sei ein offenes Geständniß. „Lanterne" meint, Bourgeois wolle sich volle Handlungsfreiheit verschaffen, um den ganzen auf ihm ruhenden Verdacht zu entfernen. „Petite Journal" meldet, der Ministerpräsident Ribot unterhandle heute mit dem muthmaßlichen Nachfolger Bourgeois'.

Wie „Rapelle" mittheilt, sei die Regierung bereit, Aufklärungen über die Verhandlungen betreffs Auslieferung von Cornelius Herz und die Verfolgung Artons zu geben.

Im „Justice" verwahrt sich Clemenceau energisch gegen die Erklärung eines Morgenblattes, Carnot sei durch die Veröffentlichung eines im Jahre 1885 von Charles Lesseps an Carnot gerichteten Briefes direkt in den Panama-Skandal hineingezogen worden. Clemenceau behauptet, er habe bei Veröffentlichung dieses Schriftstücks in seinem Blatte keinerlei feindselige Absichten gegen den Präsidenten Carnot gehegt.

Paris, 13. März. Gestern Abend um 9 Uhr fand ein Ministerrath statt. Heute wird Ribot, welcher in der Panamasache mehr als Bourgeois bloßgestellt erscheint, mit dem Präsidenten Carnot bezüglich der eventuellen Demission des jetzigen Kabinets konferiren. Es verlautet allgemein, daß Bourgeois das Verlangen gestellt habe, als Zeuge in der Panamasache vernommen zu werden.

Der Großfürst Alexis Michaelowitsch wird in einigen Tagen hier erwartet. Der Großfürst begiebt sich zu längerem Aufenthalte nach Cannes.

Madrid, 12. März. Der gestrige Ministerrath dauerte bis 10 Uhr Abends. Ueber die Verhandlungen in demselben ist nichts bekannt geworden.